

Von Hilfsprogrammen zu Investitionen: Wie die ostdeutsche Wirtschaft widerstandsfähiger aus der Corona-Krise kommt

2021_Beschlusspapier 06

Wie geht es der ostdeutschen Wirtschaft in der Krise?

Die ostdeutsche Wirtschaft hat wie die gesamte deutsche und europäische Wirtschaft **massiv unter der Corona-Krise gelitten** und leidet weiter darunter. Die deutsche Wirtschaft ist 2020 um fünf Prozent eingebrochen. Erst 2022 wird das Vorkrisenniveau wieder erreicht sein.

Die Gründe für den Einbruch liegen nicht nur in den **Eindämmungsmaßnahmen** gegen das Coronavirus, sondern (gerade im Frühjahr) auch in den weltweit **zusammengebrochenen Lieferketten und Absatzmärkten** sowie der generellen **wirtschaftlichen Unsicherheit**, die sich in Investitionszurückhaltung niederschlägt. Der Krise belastet auch den **Arbeitsmarkt**. Die Arbeitslosenquote stieg um fast einen Punkt auf 5,9%. Einen noch höheren Anstieg der Arbeitslosigkeit hat vor allem die **Kurzarbeit** verhindert. Dank des von Bundesarbeitsminister Heil erleichterten Zugangs konnte sie ihre stabilisierende Wirkung noch besser entfalten. Zeitweilig befanden sich über sechs Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit.

Unterschiedliche Branchen sind sehr verschieden stark betroffen. Während gerade Tourismus, Gastronomie und ladenbasierte Einzelhandel unter Schließungen und Kundenrückgang ächzen, zeigt sich die Industrie nach dem Frühjahrestief recht robust. Manche Branchen wie der Onlinehandel, die IT-Herstellung oder der Bau- und Haushaltsgerätebedarf zähle sogar zu den Krisengewinnern.

Die ostdeutsche Wirtschaft kann der Krise mit einer nur **dünnere Eigenkapitaldecke** trotzen als diejenigen der alten Bundesländer. Deshalb drohen Liquiditätsgpässe überproportional im Osten. Außerdem tun sich ostdeutsche Unternehmen im Schnitt schwerer, die Sicherheiten für Kredite aufzubringen.

Gleichzeitig wird Corona das **Problem der Unternehmensnachfolge** verschärfen. Viele ältere Unternehmerinnen und Unternehmen werden sich überlegen ihr Geschäft frühzeitiger aufzugeben, weil die ohnehin kleinteiligere Unternehmensstruktur im Osten die Entscheidung für eine Darlehensaufnahme erschwert.

Dort, wo die Sozialpartnerschaft funktioniert, kommen Unternehmen und Beschäftigte besser durch die Krise. Wir werden unseren Weg fortsetzen die **Sozialpartnerschaft in Ostdeutschland zu stärken**. Sie sorgt für bessere Arbeitsbedingungen und stärkt die Innovation und Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Soviel tun wie möglich! Maßnahmen gegen die Krise

Kein gesundes Unternehmen darf aufgrund der Corona-Krise in die Insolvenz geraten. Es ist daher richtig, dass die Bundesregierung **umfangreiche Hilfsprogramme** für verschiedene Zielgruppen aufgelegt hat, darunter den Wirtschaftsstabilisierungsfonds und verbesserte KfW-Programme, den Soforthilfeszuschuss im Frühjahr, die am Umsatz orientierte November- und Dezemberhilfen, sowie die Fixkosten ersetzenden Überbrückungshilfen I, II und III. Es ist der Vorsorge und Entschlossenheit von

Bundesfinanzminister Olaf Scholz zu verdanken, dass der Bund hier so viel ausgibt, wie nötig ist.

Das EU-Beihilferecht ist ein wichtiger Rahmen für fairen Wettbewerb. Es darf aber in der Pandemie nicht zu einem Korsett verkommen. Wir setzen uns dafür ein, die bestehende zeitweilige **Flexibilisierung des Beihilferechts** zu verlängern und auszuweiten.

Die zugesagten Hilfen des Bundes müssen aber auch bei den betroffenen Unternehmen ankommen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Bundeswirtschaftsminister Altmaier noch immer keine Abschlagszahlungen für die Überbrückungshilfe III ermöglicht hat. Dies gefährdet die Akzeptanz der Corona-Maßnahmen, vermindert die Wirkung der Hilfen und bedroht die Existenz von Unternehmen. **Altmaier muss endlich sein Versprechen halten und auszahlen!**

Auch die Länder haben verschiedenste Zuschuss- und Darlehensprogramme aufgelegt und Kreditbürgschaften für Unternehmen geleitet. Die Programme des Bundes wurden so klug und mit Kenntnis der regionalen Bedürfnisse ergänzt. Wir setzen uns für eine **flexible Kombinierbarkeit** der verschiedenen Maßnahmen ein. Eine Landesförderung darf nicht automatisch zum Verlust der Bundesförderung führen.

Welche Parameter des Wirtschaftens die Corona-Krise sich dauerhaft ändern

Nach Corona wird die Wirtschaft nicht wieder wie vor Corona aussehen. Bestimmte Erfahrungen aus der Krise werden unsere Art zu wirtschaften dauerhaft prägen. Dazu zählt das ortsunabhängige Arbeiten. **Home-Office** ist von einem Randphänomen zu einer Massenerscheinung geworden. Durch die neue Arbeitsschutz-Verordnung des BMAS ist Home-Office für Unternehmen temporär nun sogar verpflichtend, sofern keine zwingenden betrieblichen Gründe entgegenstehen. Die SPD hat sich schon vor der Pandemie für ein Recht der Beschäftigten auf Home-Office eingesetzt. Die weitgehend guten Erfahrungen in der Krise haben manche Kritik verstummen lassen. Das gesetzliche Recht auf Home-Office muss endlich kommen. Der Schutz der Beschäftigten und ihrer Rechte muss dabei vollständig gewahrt bleiben.

Noch unklar ist die langfristige Auswirkung der Pandemie auf den **Außenhandel**. Eine bewusste De-Globalisierung kann aber nicht unser Ziel sein. Deutschland insgesamt, und zunehmend auch sein Osten, profitieren enorm von der Einbettung in die internationale Arbeitsteilung. Nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze hängen auch am europäischen Handel. Eine Diversifizierung von Lieferketten mit unterschiedlichen Partnern europa- und weltweit bleibt der sicherste Schutz gegen katastrophale Ereignisse wie Corona.

In der Corona-Krise wird mehr und häufiger online gekauft. Der Einzelhandel hat 2020 sogar ein reales Umsatzplus verzeichnet. Die steigenden Umsätze im Onlinehandel habend dabei sogar sinkende Umsätze in anderen Bereichen überkompensiert. Das Angebot des **Onlinehandels** trifft gerade – aber nicht nur – in der Pandemie auf eine größer werdende Nachfrage der Kundschaft nach dieser flexiblen Form des Einkaufens. Diese Verschiebung ist wahrscheinlich von Dauer. Eine reine Verteuerung der Vertriebswegs Onlinehandel für alle Unternehmen ist daher nicht die richtige Lösung. Vielmehr muss einerseits sichergestellt werden, dass Online-Großversandhändler, die den lokalen Einzelhandel mit Skalenvorteilen aus dem Wettbewerb zu drängen drohen, angemessen besteuert und reguliert werden. Gleichzeitig sollte der lokale Einzelhandel

bei der Digitalisierung seiner Vertriebswege durch öffentliche Förderung unterstützt werden.

Mit nachhaltigen Investitionen aus der Corona-Krise

Die Corona-Krise hat die öffentlichen Haushalte in Bund, Land und Kommunen stark belastet. Defizite wie in den Ausnahmejahren 2020 und 2021 wird und kann es absehbar nicht dauerhaft geben. Dennoch liegt die öffentliche Schuldenquote heute deutlich niedriger als nach der Weltfinanzkrise 2008/09. Wie damals muss die **Wirtschaft wieder Tritt fassen und Deutschland aus der Krise wachsen**. Ein Heraussparen aus der Krise auf Kosten von Zukunftsinvestitionen würde unsere Probleme verschärfen und seinen Zweck verfehlen. Soweit die geltende Schuldebremse eine solche Politik verlangt, muss sie reformiert werden. Gleichzeitig leistet eine **gerechtere Steuerpolitik** ihren Beitrag, die Krisenkosten angemessen zu verteilen. Die hohen und höchsten Einkommen und Vermögen müssen sich stärker am Gemeinwohl beteiligen. Jetzt ist die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik schnell und nachhaltig aus der Corona-bedingten Wirtschaftskrise zu kommen. Vor allem braucht es Planungssicherheit – einen **weiteren Lockdown müssen wir unbedingt vermeiden**. Dazu muss auch die Wirtschaft einen Beitrag leisten, indem sie kontaktloses Arbeiten flächendeckend ermöglicht.

Für den Wiederaufschwung müssen privater Konsum und Investitionen aktiviert werden. Die Solvenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen muss gesichert und ihre Kapitaldecken wieder angereichert werden. Das **Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung** aus dem Juni 2020 enthält viele sinnvolle Maßnahmen, die diesem Zweck dienen. Es geht nun darum die Wirkung des Paktes vor dem Hintergrund des neuerlichen Lockdowns zu überprüfen und einzelne Maßnahmen – ggf. branchenspezifisch – zu erneuern und zu verlängern. Dies betrifft insbesondere die Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrags sowie erleichtert Abschreibungen für Investitionen in neue Technologien und Diversifizierung von Geschäftsmodellen.

Gleichzeitig brauchen wir **Investitionsimpulse** besonders in den Bereichen, in denen unsere Gesellschaft mitten in einer Transformation steht: **Klimaschutz und Digitalisierung**. Der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Aufbau einer effektiven Wertschöpfungskette für eine grüne Wasserstoffwirtschaft, eine nachhaltige Verkehrswende oder die Entfaltung der digitalen Infrastruktur verlangen Milliardeninvestitionen, die der Staat im Verbund mit Privaten stemmen muss. Hier liegen auch Chancen für die ostdeutsche Wirtschaft in neuen Innovationszyklen Vorreitervorteile zu erzielen und neue wertschöpfungsstarke Industrien mit gut bezahlten Arbeitsplätzen dauerhaft im Osten zu verankern. Solche Chancen darf der Staat nicht mit einer Investitionsbremse gefährden. Gerade in Zeiten von Nullzinsen und privater Investitionsschwäche sind alle staatlichen Ebenen besonders gefragt, das Investitionsniveau dauerhaft hoch zu halten. **Eine Politik des Sparzwangs nach der Corona-Krise wäre grundfalsch**. Mit uns wird es so etwas nicht geben. Unabhängig von der Pandemie muss der **Aufholprozess der ostdeutschen Länder weiterhin besonders vorangebracht werden**. Wegen der flächendeckenden Strukturschwäche Ostdeutschlands ist er noch längst nicht abgeschlossen. Deswegen muss die Ausweitung der Förderkulisse für das gesamtdeutsche Fördersystem für

strukturschwache Regionen in Deutschland mit einem höheren Fördervolumen einhergehen. Nur so verhindern wir, dass die ostdeutschen Länder künftig benachteiligt werden.

Der gerechte Übergang in eine treibhausgasneutrale Wirtschaftsstruktur ist eine Aufgabe des ganzen Landes und darf nicht einzelnen Regionen aufgebürdet werden. Mit dem gesamtgesellschaftlich vereinbarten Kohlekompromiss ist der Anfang dafür gemacht. Wir werden in der Umsetzung des Kohleausstiegs sicherstellen, dass die **Kohleregionen verlässlich dabei unterstützt werden neue Wertschöpfung und zukunftsfähige Arbeitsplätze aufzubauen.** Wir wollen ein Leitprojekt für Ostdeutschland im Bereich der Wasserstofftechnologie ansiedeln.